

Fachkräfte stärken und Ganztag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förderschulen „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“ in Nordrhein-Westfalen

Landtag Nordrhein-Westfalen

Drucksache: 18/18246 | Datum: 2026-03-17 | Fraktion(en): SPD | GWÖ-Score: 9.0/10

[++] Empfehlung: Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag im Überblick

Der Antrag fordert eine langfristige, systemische Fachkräftestrategie für Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige und Körperlich-motorische Entwicklung, um den verlässlichen Ganztag, die Ferienbetreuung und die sonderpädagogische Förderung zu sichern.

- Diagnose des chronischen Fachkräftemangels und seiner Folgen
- Kritik am deprofessionalisierenden Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises
- Forderung nach Ausbau der Ausbildungskapazitäten, verbindlichen Qualifizierungen und attraktiven Karrierewegen
- Sicherstellung kostenfreier, inklusiver Ferienbetreuung durch vernetzte Kostenträger
- Evidenzbasierte Steuerung durch transparente Datenerhebung und wissenschaftliche Evaluation

GWÖ-Treue

Score: 9.0/10

Begründung: Der Antrag adressiert systematisch die strukturelle Unterfinanzierung, Deprofessionalisierung und fehlende Teilhabe an Förderschulen – mit klarem Fokus auf Menschenwürde (D1), soziale Gerechtigkeit (D4), ökologische Nachhaltigkeit indirekt über inklusive Ressourcennutzung (E3), sowie Transparenz & Mitbestimmung durch evidenzbasierte Steuerung (D5). Er lehnt kurzfristige Verwaltungsnotlösungen ab und fordert eine langfristige, multiprofessionelle Fachkräftestrategie – im Einklang mit der GWÖ-Matrix als gemeinwohlorientierte, menschenzentrierte Infrastrukturpolitik. Einzig das Feld A1 (Lieferant:innen) bleibt unberührt, da keine Beschaffungs- oder Vergabepolitik thematisiert wird.

Schwerpunkte: D1, D4, D5

Matrix-Zuordnung (Matrix 2.0 für Gemeinden)

	1	2	3	4	5
A: Lieferant:innen					
B: Finanzen					
C: Führung/Verwaltung			++		
D: Bürger:innen	++			++	++
E: Gesellschaft/Natur			++		

Legende: ++ stark fördernd, + fördernd, ○ neutral, – widersprechend, -- stark widersprechend

Berührte Themenfelder

- **D1:** Recht auf inklusive, verlässliche Förderung ohne Diskriminierung durch Personalmangel [++]
- **D4:** Verlässlicher Ganzttag und Ferienbetreuung als Daseinsvorsorge für Kinder mit komplexem Förderbedarf [++]
- **D5:** Forderung nach transparenter Datenerhebung, wissenschaftlicher Evaluation und Abstimmung aller Kostenträger [++]
- **E3:** Stärkung inklusiver Strukturen erhöht gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und reduziert langfristige Folgekosten [++]
- **C3:** Kritik an deprofessionalisierendem Erlass und Forderung nach qualitätsorientierter Personalsteuerung [++]

Programmtreue

SPD (Antragsteller)

Wahlprogramm: 9.0/10 — Der Antrag realisiert zentrale SPD-Wahlprogramm-Ziele: gebührenfreie, inklusive Bildung mit verlässlichem Ganzttag (S. 27), Überwindung des Fachkräftemangels durch Ausbau und Anerkennung (S. 23), sowie Chancengleichheit durch soziale Durchlässigkeit. Die Forderung nach multiprofessionellen Teams und Ferienbetreuung entspricht direkt dem Anspruch einer 'Ganzttagsschule als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders' (S. 64).

Parteiprogramm: 9.0/10 — Der Antrag verkörpert die SPD-Grundsatzwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Er schützt die Würde von Kindern mit Behinderung (Freiheit), stellt gleiche Bildungschancen sicher (Gerechtigkeit) und stärkt die kollektive Verantwortung für Teilhabe (Solidarität). Die Forderung nach 'verbindlicher, frühzeitiger Abstimmung aller Kostenträger' spiegelt den 'vorsorgenden Sozialstaat' wider.

GRÜNE

Wahlprogramm: 8.0/10 — Der Antrag deckt sich weitgehend mit grünen Kernforderungen: Inklusion als Recht (S. 62/63), Qualifizierungsoffensive für Lehrkräfte, Ferienbetreuung als Teilhabe und kritische Haltung gegenüber Deprofessionalisierung. Allerdings fehlt explizit der Bezug zu 'Bürger:innenräten' oder 'Absenkung des Wahlalters', was die Bewertung leicht mindert.

Parteiprogramm: 8.0/10 — Der Antrag entspricht dem grünen Grundsatzprogramm zur 'sozial-ökologischen Transformation' und 'Teilhabe für alle'. Die Forderung nach 'inklusive, barrierefreier Ferienbetreuung' und 'Multiprofessionellen Teams' greift direkt die Leitidee 'Selbstbestimmung' und 'Vielfalt' auf. Lediglich der fehlende explizite Bezug zu planetaren Grenzen oder Kreislaufdenken verhindert die volle Punktzahl.

CDU

Wahlprogramm: 5.0/10 — Der Antrag ist mit CDU-Wahlprogramm teilweise kompatibel: Familienzentren (S. 68) und Fortbildungsoffensive (S. 28) finden sich als Parallelen. Aber die klare Ablehnung des Erlasses zur Öffnung des Bewerberkreises widerspricht der CDU-Politik des 'Bürokratieabbaus' und 'Vertragsfreiheit'. Auch die Forderung nach kostenloser Ferienbetreuung steht im Spannungsfeld zur CDU-Position 'Eigentumsschutz' und 'Privat vor Staat'.

Parteiprogramm: 4.0/10 — Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Leitideen: 'Subsidiäre Ordnung' und 'Leistungsprinzip' werden unterlaufen, wenn staatliche Zwangsregulierung (z.B. verbindliche Zusatzqualifikationen) statt individueller Verantwortung und Marktkräfte setzt. Die Forderung nach 'kostenloser Ferienbetreuung' steht im Konflikt mit dem CDU-Grundsatz 'starker aber begrenzter Staat'.

Verbesserungsvorschläge

Original:

den Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises zu überarbeiten und die Berufsbezeichnung Fachlehrer bzw. Fachlehrerin ausschließlich Personen mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung vorzubehalten.

Vorschlag:

den Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises **grundlegend zu überarbeiten** und die Berufsbezeichnung Fachlehrer bzw. Fachlehrerin **ausschließlich Personen mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung oder einer gleichwertigen, durch die Landesregierung anerkannten berufsbegleitenden Qualifizierung** vorzubehalten.

Stärkt die GWÖ-Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit durch Anerkennung alternativer Zugangswege – ohne Deprofessionalisierung – und unterstützt die Inklusionsziele der Grünen und SPD.

Original:

die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf kostenfrei, inklusiv und wohnortnah sicherzustellen.

Vorschlag:

die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf **kostenfrei, inklusiv, wohnortnah und nach § 35a SGB VIII flächendeckend** sicherzustellen.

Verankert die Maßnahme rechtlich im Sozialgesetzbuch und stärkt die GWÖ-Felder D4 (soziale Gerechtigkeit) und D1 (Menschenwürde) durch klare Rechtsansprüche – im Einklang mit dem SPD-Wahlprogramm zur 'sozialen Durchlässigkeit'.

Original:

eine verpflichtende, frühzeitige Abstimmung aller Kostenträger – Schulen, Kommunen, Jugendämter und freie Träger – zu gewährleisten, um Planungssicherheit und Transparenz für Familien zu schaffen.

Vorschlag:

eine **verbindliche, jährlich evaluierte Kooperationsvereinbarung** aller Kostenträger – Schulen, Kommunen, Jugendämter und freie Träger – zu gewährleisten, um Planungssicherheit und Transparenz für Familien zu schaffen **und die Umsetzung im Rahmen eines Gemeinwohl-Berichts zu dokumentieren.**

Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und macht die Umsetzung messbar – ein Kernanliegen der GWÖ-Matrix 2.0 und des grünen Wahlprogramms zur 'lebendigen Demokratie'.

Zusammenfassung

Stärken

- Klare Diagnose des strukturellen Fachkräftemangels
- Konsequente Ablehnung von Deprofessionalisierung
- Systemischer Ansatz mit Ausbildung, Qualifizierung, Karriere und Evaluation

Schwächen

- Kein direkter Bezug zu ökologischen Aspekten wie Barrierefreiheit als Klimaresilienz
- Keine konkrete Verknüpfung mit kommunaler Ebene (z.B. Gemeinwohl-Bilanzierung)

Original-Antrag

Drucksache 18/18246

Fachkräfte stärken und Ganztag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förders-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

17.03.2026

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Fachkräfte stärken und Ganzttag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förderschulen „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“ in Nordrhein-Westfalen

zu „NRW muss funktionieren! Verlässlichen Ganzttag an Förderschulen sicherstellen: Mehr Fachkräfte für Bildung, Betreuung und Teilhabe an Schulen mit Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14544

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 18/18029

I. Ausgangslage

Der gebundene Ganzttag an Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung (GE) und Körperlich-motorische Entwicklung (KME) ist in Nordrhein-Westfalen vielerorts nicht verlässlich abgesichert. Die aktuelle Umfrage der GEW NRW zeigt eine erhebliche Belastung des gebundenen Ganztags an Förderschulen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Förderschwerpunkten geistige sowie körperlich-motorische Entwicklung. An den knapp 500 Förderschulen sind rund 1.100 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie etwa 250 Fachlehrkräfte unbesetzt. 42 Prozent berichten, dass mindestens ein Nachmittag pro Woche wegen Personalmangels gekürzt wird oder ausfällt. Besonders alarmierend ist, dass 17 Prozent dies bereits an drei oder mehr Nachmittagen pro Woche betrifft. Besonders betroffen ist der Schwerpunkt geistige Entwicklung. Auch im Offenen Ganzttag fehlen Plätze: Über ein Drittel der Befragten gibt an, dass in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich mehr als zehn Kinder pro Schule keinen Platz erhalten haben. Neben dem Personalmangel mangelt es zudem an geeigneten Räumlichkeiten.¹

Jüngst berichtet die Presse über den Mangel an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und der daraus entstehenden Unterrichtsverkürzung im gebundenen Ganzttag an den Förderschulen im Regierungsbezirk Detmold, bei denen die Unterrichtszeit im gebundenen Ganzttag montags bis donnerstags von 15:00 Uhr auf 14:00 Uhr und freitags auf

¹ <https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/gew-nrw-umfrage-zum-ganzttag-an-foederschulen>

12:15 Uhr verkürzt wurde.² Der anhaltende Fachkräftemangel, zu geringe Ausbildungskapazitäten sowie strukturelle Versäumnisse in der Personalplanung gefährden Unterricht, Förderung und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern mit komplexem Unterstützungsbedarf. Das Phänomen ist in Nordrhein-Westfalen nicht neu. Auch an anderen Förderschulstandorten haben sich Eltern öffentlich protestierend geäußert, etwa im Oktober 2023 an der Förderschule am Nordpark in Wuppertal, wo sie sich direkt an Ministerin Dorothee Feller wandten. Für das Jahr 2023 ist zudem eine schriftliche Mitteilung eines Elternteils zur Unterrichtskürzung an der Liberiuschule Marsberg bekannt. Vergleichbare Fälle gab es 2024 auch in Herne an der neu bezogenen Schule an der Forellstraße.³

Insgesamt wurden 750 zusätzliche Studienplätze geschaffen, davon über 350 zwischen 2021 und 2023 – verbunden mit einem klaren finanziellen und strukturellen Ausbau. Laut einer Studie bleibt die tatsächliche Wirkung jedoch hinter dem Ausbau zurück: Ein zusätzlicher Studienplatz führt im Durchschnitt nur zu 0,35 zusätzlichen Einschreibungen. Seit 2021 sinkt die Auslastung kontinuierlich und liegt inzwischen unter 90 Prozent. Im Grundschullehramt war die Offensive dagegen deutlich erfolgreicher. Insgesamt zeigt sich ein Ungleichgewicht zwischen Kapazitätsaufbau und realer Nachfrage im sonderpädagogischen Lehramt. Zudem bestehen regionale Unterschiede: Während Standorte wie Siegen und Dortmund weiterhin überbucht sind, bleiben andere deutlich unter den bereitgestellten Kapazitäten.

Anstatt eine langfristige und kohärente Fachkräftestrategie, welche sich auf Multiprofessionelle Teams inkl. der Sonderpädagogen bezieht, vorzulegen, hat das Ministerium für Schule und Bildung im März 2025 einen Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen veröffentlicht. Dieser ermöglicht den Einsatz von Personen ohne abgeschlossene Fachlehrerausbildung gemäß § 41 LVO beziehungsweise der APO-FLFS.⁴ Eine verbindliche, berufsbegleitende Zusatzqualifikation ist nicht systematisch vorgesehen.

In der Anhörung am 9. Dezember 2025 wurde deutlich, dass diese Maßnahme keinen strukturellen Beitrag zur nachhaltigen Fachkräftesicherung leistet, sondern lediglich einen kurzfristigen, punktuellen Eingriff darstellt.⁵ Eine übergreifende, langfristig angelegte Fachkräfte- und Qualitätsstrategie für Förderschulen wurde seitens der Landesregierung bislang nicht vorgelegt.

Die aktuelle Praxis führt faktisch zu einer Deprofessionalisierung der Berufsgruppe. Personen ohne spezifische Ausbildung übernehmen dieselben Aufgaben wie qualifizierte Fachlehrerinnen und Fachlehrer – darunter Unterricht, Förderplanung, Diagnostik und Ganztagsbetreuung –, ohne dass Ausbildung, Eingruppierung und Verantwortungsrahmen entsprechend geregelt sind. Dies schafft rechtliche Widersprüche, verunsichert Beschäftigte und belastet die Schulen zusätzlich. Zugleich werden die Ausbildungskapazitäten an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfsL) nicht im notwendigen Umfang ausgeweitet. Der strukturelle Fachkräftemangel wird dadurch nicht behoben, sondern administrativ überdeckt.

² <https://www.westfalen-blatt.de/owl/bielefeld/foerderschule-eltern-protest-lehrer-mangel-neubau-versetzung-3499189?pid=true&ueg=default>

³ <https://www.waz.de/lokales/herne-wanne-eickel/article407256452/eltern-schlagen-alarm-an-herner-schule-herrscht-chaos.html>

⁴ Vgl.: https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/oeffnung_bewerberkreis_fachlehrkraefte_an_foerderschulen_250327.pdf

⁵ Vgl.: <http://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMA18%2F1091|1|1&Id=MMA18%2F1091|3|19&Id=MMA18%2F1091|21|22>

Auch im Bereich der Ferienbetreuung zeigt sich das Fehlen eines abgestimmten Gesamtkonzepts. Zuständigkeiten zwischen Schulen, Kommunen, Jugendhilfe und freien Trägern sind häufig unklar, Angebote uneinheitlich und teilweise kostenpflichtig. Für Familien von Kindern mit komplexem Förderbedarf bedeutet dies fehlende Planungssicherheit und eingeschränkte Teilhabe. Eine verlässliche, inklusive Ferienbetreuung erfordert jedoch verbindliche rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen sowie qualifiziertes Personal.

Nordrhein-Westfalen benötigt daher eine nachhaltige, systematisch aufgebaute Fachkräfte- und Qualitätsstrategie für Förderschulen, die Ausbildungskapazitäten erweitert, Qualifizierung verbindlich regelt, berufliche Perspektiven stärkt und die Ganztags- sowie Ferienangebote dauerhaft absichert.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- der Ganztags an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung sowie Körperlich-motorische Entwicklung weiterhin erheblich unter Personalmangel leidet und Fachlehrerinnen und Fachlehrer in der Praxis häufig eigenständigen Unterricht sowie Aufgaben in Förderplanung, Diagnostik und Ganztagsbetreuung übernehmen, obwohl dies rechtlich und formal nicht vorgesehen ist.
- die Studienplatzoffensive NRW für die sonderpädagogischen Studiengänge mit einer Auslastung von unter 90 Prozent bislang nicht ausreicht, um den aktuellen Bedarf zu decken.
- der Erlass des Ministeriums für Schule und Bildung zur Öffnung des Bewerberkreises für Fachlehrerinnen und Fachlehrer keinen strukturellen Beitrag zur nachhaltigen Fachkräftesicherung leistet, sondern einen punktuellen Eingriff darstellt, der faktisch zu einer Deprofessionalisierung der Berufsgruppe führt.
- Personen ohne abgeschlossene Fachlehrerausbildung in denselben Tätigkeitsfeldern wie qualifizierte Fachlehrerinnen und Fachlehrer eingesetzt werden, ohne dass verbindliche Zusatzqualifikationen oder klar definierte Aufgabenprofile vorgesehen sind.
- die derzeitige Regelung Widersprüche zu Laufbahn- und Ausbildungsordnungen (LVO, APO-FLFS) schafft und zu Unsicherheiten bei Beschäftigten, Schulen und Schulaufsichten führt.
- die Ausbildungskapazitäten an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf an Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu decken.
- ohne qualifizierte Fachkräfte Unterricht, Förderung, Diagnostik, Therapie sowie Betreuung im Ganztags und in den Ferien nicht verlässlich gewährleistet werden können.
- die Organisation der Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf uneinheitlich, teilweise kostenpflichtig und häufig nicht wohnortnah ausgestaltet ist und Zuständigkeiten zwischen Schulen, Kommunen, Jugendhilfe und freien Trägern nicht ausreichend abgestimmt sind.
- die Attraktivität des Berufs, die Ausbildungsbedingungen und die berufliche Anerkennung weiterentwickelt werden müssen, um qualifizierte Fachkräfte langfristig zu gewinnen und zu halten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- die Studienplatzoffensive NRW spezifischer im Bereich Sonderpädagogik auszuwerten und nachgefragte Studienstandorte für z.B. Dortmund oder Siegen die Studienplätze kurzfristig zu erhöhen.
- den Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises zu überarbeiten und die Berufsbezeichnung Fachlehrer bzw. Fachlehrerin ausschließlich Personen mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung vorzubehalten.
- für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verbindliche berufsbegleitende Zusatzqualifikationen sowie klar definierte Aufgaben- und Kompetenzprofile festzulegen.
- die Zahl der Ausbildungsplätze für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen an den Zentren für schulpraktische Lehrkräfteausbildung deutlich zu erhöhen.
- die berufliche Eingruppierung sowie Beförderungsmöglichkeiten an die tatsächlichen Aufgaben, die Verantwortung und die Qualifikation anzupassen und attraktive Karriereperspektiven sowie Mentoring- und Einarbeitungsstrukturen zu schaffen.
- eine transparente Datenerhebung über unbesetzte Fachlehrerstellen, Unterrichtsausfall und Ganztagsversorgung einzuführen, um die Fachkräfteplanung evidenzbasiert steuern zu können.
- die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf kostenfrei, inklusiv und wohnortnah sicherzustellen.
- eine verpflichtende, frühzeitige Abstimmung aller Kostenträger – Schulen, Kommunen, Jugendämter und freie Träger – zu gewährleisten, um Planungssicherheit und Transparenz für Familien zu schaffen.
- verbindliche Qualitäts- und Rahmenbedingungen für eine inklusive und barrierefreie Ferienbetreuung zu schaffen.
- die Qualitätsfolgen des Erlasses auf Unterrichtsversorgung, Ganztagsbetreuung und sonderpädagogische Förderung wissenschaftlich unabhängig evaluieren zu lassen und die Ergebnisse dem Landtag vorzulegen.
- ein umfassendes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept zur Fachkräftesicherung an Förderschulen vorzulegen, das Ausbildung, Nachwuchsgewinnung, Qualifizierung, Entlastungsmaßnahmen und Haltestrategien systematisch miteinander verzahnt.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Dilek Engin
Dr. Bastian Hartmann
Silvia Gosewinkel

und Fraktion